

# ProServicePublic

## Wolf im Schafspelz

Voraussichtlich im Jahr 2016 werden wir über die Volksinitiative ProServicePublic abstimmen dürfen. Was vom Titel her verlockend tönt, ist jedoch ein wahrer Wolf im Schafspelz. Denn entgegen des Titels droht die Volksinitiative die Grundversorgung zu schwächen. Im nachfolgenden Artikel wird deshalb aufgezeigt, weshalb die SAB die Volksinitiative bekämpft.

Thomas Egger, SAB, Selerstrasse 4, 3001 Bern

Die Grundversorgung ist ein wichtiges Element für den inneren Zusammenhalt der Schweiz. Dank der Grundversorgung haben alle Einwohnerinnen und Einwohner und alle Unternehmungen in der Schweiz die gleichen Grundvoraussetzungen. Die Schweiz weist im Vergleich zum benachbarten Ausland einen erfreulich hohen Standard in der Grundversorgung auf. Dieser hohe Standard trägt auch zur Standortattraktivität der Schweiz bei (sichere Stromversorgung, zuverlässige Postdienste, gut ausgebautes Bildungswesen, gute Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr usw.). Dieser hohe Standard darf auf keinen Fall leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden, sondern muss im Gegenteil laufend an die technologischen Möglichkeiten und Kundenbedürfnisse angepasst werden.

### Kontraproduktive Initiative

Die Grundversorgung geniesst bei der Bevölkerung einen hohen Stellenwert. Dies zeigt auch der Erfolg der Volksinitiative ProServicePublic bei der Unterschriftensammlung (104'197 Unterschriften). Die Initiative hat deshalb Chancen, in der Volksabstimmung von Volk und Ständen angenommen zu werden. Doch was will die Initiative eigentlich genau? Die Initiative will den Service-Public-Unternehmen (Post, Swisscom, SBB, SRG) ein Gewinnverbot auferlegen, sie will Querfinanzierungen unterbinden und sie fordert, dass das Lohnniveau an jenes

der Bundesverwaltung angepasst wird. Während der Titel der Initiative verlockend tönt, schadet sie bei genauerem Hinsehen der Grundversorgung.

- Die Initiative hat rein gar nichts mit der Grundversorgung zu tun. Durch die Initiative wird weder die Qualität der Postzustellung, noch die Frequenz des öffentlichen Regionalverkehrs erhöht noch sonst eine materielle Verbesserung der Grundversorgung erzielt.
- Die Service-Public-Unternehmungen müssen Gewinne erzielen können, um die Grundversorgung erbringen und weiterentwickeln zu können.
- Das Quersubventionierungsverbot würde es bei einer engen Interpretation verbieten, dass beispielsweise die Post das Poststellennetz weiterhin aus Erträgen der Postfinance querfinanzieren könnte. Folge wäre, dass entweder der Bund Abgeltungen leisten müsste oder das Poststellennetz massiv abgebaut würde.
- Die Gewinne der Gesamtkonzerne stellen für die öffentliche Hand eine nicht zu vernachlässigende Einnahme dar. Der Bund erhielt im Jahr 2013 eine Gewinnausschüttung von 940 Mio. Fr., weitere 280 Mio. Fr. gingen an Kantone und Gemeinden.
- In ihrer Kommunikation prangern die Initianten immer wieder die hohen Managerlöhne bei den Service-Public-Unternehmen an. So wie der Initiativtext formuliert ist, müssten aber die Löhne aller Angestellten

nach unten angepasst werden. Kein Wunder, dass sogar die Gewerkschaften gegen die Initiative sind.

Die Initiative ist somit letztlich irreführend und droht entgegen dem Titel die Grundversorgung zu schwächen. Die Initiative ist ein Wolf im Schafspelz und muss entschieden abgelehnt werden.

### Gegenvorschlag?

Die SAB setzt sich für eine starke Grundversorgung ein. Sie bringt sich deshalb laufend erfolgreich in allen Grundversorgungsdossiers ein. Zu den Erfolgen gehören beispielweise die Verankerung des Poststellennetzes im Postgesetz, die Festlegung kundenorientierter Öffnungszeiten bei den Poststellen, die Beibehaltung des Briefpostmonopols, die Abwehr von Kürzungsmassnahmen beim öffentlichen Regionalverkehr und die Verankerung und laufende Erhöhung eines Breitbandzugangs in der Telekommunikation. Die SAB ist aber auch der Meinung, dass es über diesen sektoriellen Bestimmungen ein auf Verfassungsstufe verankertes gemeinsames Dach für die Grundversorgung braucht. Die SAB hat deshalb bereits im Jahr 2003 über ihren damaligen Präsidenten Theo Maissen einen Verfassungsartikel für die Grundversorgung gefordert. Das Parlament berät diesen Vorschlag aktuell parallel zur Volksinitiative Pro Service Public. Dabei geht es um die Festlegung von Grundsätzen für die Erbringung von

Die Initiative ProServicePublic will unter anderem den Service-Public-Unternehmen ein Gewinnverbot auferlegen und Querfinanzierungen unterbinden.

(© PostAuto Schweiz AG)



Grundversorgungsleistungen (flächendeckend, gute Qualität, erschwingliche Preise). Dieser Vorschlag für einen Verfassungsartikel ist somit nicht als Gegenvorschlag zur Volksinitiative geeignet, da er inhaltlich völlig verschieden ist. Verfassungsartikel und Volksinitiative sollten aber vom Parlament parallel behandelt werden. Letztlich wird das Volk entscheiden müssen: Mit der Volksinitiative ProServicePublic würde die Grundversorgung geschwächt, mit dem Vorschlag der SAB für einen Verfassungsartikel würde die Grundversorgung gestärkt.

## RÉSUMÉ

### ProServicePublic : un loup déguisé en agneau

Le SAB s'oppose à l'initiative populaire « ProServicePublic » qui sera vraisemblablement soumis à votation en 2016. En effet, contrairement à son titre, ce texte ne vise pas à améliorer le service public en Suisse. Il pourrait même le détériorer, alors que ce dernier contribue à l'attractivité du pays et constitue un élément de cohésion important (des services identiques pour tout le monde). Concrètement, cette initiative propose avant tout d'interdire aux entreprises concernées (Poste, Swisscom, CFF, RTS) de réaliser des bénéfices, de mettre fin aux

subventionnements croisés et de limiter les salaires de leurs employés. Ces exigences freineront le développement de ces sociétés et empêcheront le financement de services déficitaires. Dans le cas de la Poste, cela pourrait se traduire par la nécessité d'obtenir un subventionnement fédéral et par un démantèlement du réseau postal. L'adoption de cette proposition engendrerait également des pertes financières pour la Confédération, ainsi que pour les cantons et les communes.

Pour sa part, le SAB est d'avis qu'il faut renforcer le service public, en introduisant un nouvel article constitutionnel. C'est dans ce cadre, que Theo Maissen, ancien président du SAB, a déposé une proposition en 2003. Le Parlement l'étudie actuellement. Cet article constitutionnel doit comprendre des éléments comme l'accessibilité des services, leur prix, leur qualité, leur financement, etc.

## RIASSUNTO

### ProServicePublic : un lupo travestito da agnello

Il SAB si oppone all'iniziativa popolare « ProServizioPubblico » che sarà probabilmente sottoposta a votazione nel 2016. In effetti, contrariamente al suo nome, questo testo non punta a migliorare il servizio

pubblico in Svizzera. Questa iniziativa potrebbe anzi persino peggiorarlo, mentre quest'ultimo contribuisce invece a rendere più attrattiva la Svizzera e rappresenta un elemento di coesione importante (dei servizi identici per tutti). Concretamente, questa iniziativa propone prima di tutto di vietare alle imprese coinvolte (Posta, Swisscom, FFS, RTS) di realizzare dei benefici, di mettere fine alle sovvenzioni incrociate e di limitare i salari dei loro impiegati. Queste esigenze limiteranno lo sviluppo di queste società e impediranno il finanziamento dei servizi deficitari. Nel caso della Posta, ciò potrebbe tradursi nella necessità di ottenere un sovvenzionamento federale e nello smantellamento della rete postale. L'adozione di questa proposta causerebbe anche delle perdite finanziarie per la Confederazione, oltre che per i cantoni e i comuni. Da parte sua, il SAB è dell'opinione che bisogna rafforzare il servizio pubblico, introducendo un nuovo articolo costituzionale. È in questo contesto, che Theo Maissen, ex-presidente del SAB, aveva depositato una proposta nel 2003. Il Parlamento attualmente la sta studiando. Quest'articolo costituzionale deve comprendere degli elementi come l'accessibilità dei servizi, il loro prezzo, la loro qualità, il loro finanziamento, ecc.